



Amtsgericht Oberhausen

Geschäftsverteilungsplan für das Jahr 2022¹

Die richterlichen Geschäfte sind aufgrund des Beschlusses
des Präsidiums vom 15.12.2021 verteilt worden.

Stand: 01.01.2022

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der Verständlichkeit und Lesbarkeit bei Personenbezeichnungen zum Teil nur die männliche Form verwendet.



Inhaltsverzeichnis

A.	Allgemeines.....	4
I.	Behördenleitung.....	4
II.	Präsidium.....	4
III.	Richterrat.....	4
IV.	Geschäftsleitung.....	4
B.	Grundsätze für die Geschäftsverteilung.....	5
I.	Örtliche Zuständigkeit.....	5
II.	Zuständigkeit der einzelnen Abteilungen.....	5
III.	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.....	8
IV.	Familiensachen.....	10
V.	Betreuungs-, Unterbringungs-, sonstige Freiheitsentziehungssachen.....	12
VI.	Strafsachen und Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz.....	12
VII.	Zuständigkeit nach einzelnen Werktagen.....	13
VIII.	Güterichter.....	14
IX.	Entscheidungen über Ablehnungsgesuche.....	14
C.	Richterlicher Bereitschaftsdienst.....	15
I.	Werktägliches Bereitschaftsdienst in Familien-, Straf- und Betreuungssachen (montags bis freitags jeweils von 13:00 Uhr bis 15:30 Uhr).....	15
II.	Konzentrierter Bereitschaftsdienst.....	17
D.	Zivilsachen.....	18
I.	Allgemeine bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (§ 23 GVG).....	18
II.	Wohnungseigentumssachen.....	20
III.	Zwangsvollstreckungssachen.....	21
1.	Allgemeine Vollstreckungssachen, soweit nicht anderweitig verteilt.....	21
2.	Erinnerungen gegen die Art und Weise der Zwangsvollstreckung.....	21
3.	Richterliche Geschäfte im Verfahren der Vermögensauskünfte.....	21
4.	Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Verteilungssachen.....	22
E.	Familiensachen (§§ 23a Abs. 1 Nr. 1, 23b Abs. 2 GVG).....	23
I.	Allgemeine Familiensachen.....	23
II.	Folgeentscheidungen in unverteilter Abteilungen.....	24
F.	Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§ 23a Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 GVG).....	25
I.	Betreuungs- und Unterbringungssachen.....	25
II.	Unterbringungssachen nach dem PsychKG NRW und Freiheitsentziehungs- sachen nach dem Infektionsschutzgesetz.....	26
III.	Nachlass- und Teilungssachen.....	27



IV.	Grundbuchsachen.....	27
V.	Beratungshilfesachen.....	27
G.	Strafsachen.....	28
I.	Schöffengerichtssachen (Erwachsene)	28
II.	Strafrichter- und Bußgeldsachen.....	29
1.	Allgemeine Straf- und Bußgeldsachen	29
2.	Besonders beschleunigte Verfahren.....	31
III.	Ermittlungs- und Haftsachen	32
IV.	Jugendschöffengerichtssachen	33
V.	Jugendrichtersachen	34
H.	Sonstiges	35
I.	Zuständigkeitsfragen	35
II.	Nicht besonders verteilte richterliche Geschäfte.....	35
III.	Vorsitz im Schöffenwahlausschuss	35
1.	Erwachsenenstrafsachen	35
2.	Jugendstrafsachen.....	35
IV.	Entscheidungen nach § 39 Abs. 6 und 7 des Schiedsamtsgesetzes NRW	36
V.	Herausgabeverlangen bezüglich Akten, Bücher und Urkunden gemäß § 51 Abs. 1 Satz 1 BNotO	36
VI.	Aufgaben des Güterichters.....	36
Anlage:	Geschäftsverteilung im konzentrierten Bereitschaftsdienst.....	37



A. Allgemeines

I. Behördenleitung

Direktor:	Direktor des Amtsgerichts Happe
Ständiger Vertreter:	Richter am Amtsgericht Hubert
Weitere aufsichtsführende Richter:	Richterin am Amtsgericht Teschner
	Richter am Amtsgericht Engel

II. Präsidium

Direktor des Amtsgerichts Happe
Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio
Richterin am Amtsgericht Teschner
Richterin am Amtsgericht Bertante
Richter am Amtsgericht Bruckmann
Richterin am Amtsgericht Rütter
Richter am Amtsgericht Voosen

III. Richterrat

Richter am Amtsgericht Voosen (Vorsitzender)
Richter am Amtsgericht Bruckmann
Richterin am Amtsgericht Teschner
Richterin am Amtsgericht Rütter
Richterin am Amtsgericht Leis

IV. Geschäftsleitung

Geschäftsleiterin:	Justizamtsrätin Graf
Ständige Vertreterin:	Justizamtfrau Herzog



B. Grundsätze für die Geschäftsverteilung

I. Örtliche Zuständigkeit

Das Amtsgericht Oberhausen ist örtlich zuständig für das Gebiet der Stadt Oberhausen.

II. Zuständigkeit der einzelnen Abteilungen

Soweit nicht für bestimmte Abteilungen besondere Regelungen getroffen sind, gelten folgende allgemeine Regelungen:

1. Maßgeblich ist der Anfangsbuchstabe des Familiennamens des Beklagten, Schuldners, Antragsgegners, Beteiligten usw. Bei einer Mehrheit von Personen ist der Familienname derjenigen Person maßgebend, dessen Anfangsbuchstabe im Alphabet als erster erscheint. Eine Klage- oder Antragserweiterung bleibt für die Zuständigkeit außer Betracht.

In Wohnungseigentumssachen ist die Ortsangabe der belegenen Sache maßgebend.

Künstlernamen, frühere Adelsbezeichnungen, Beiworte, Vorsilben wie "van, van der, auf der, von der, bei der, El, Al, ter, D` " - gleich, ob groß oder klein geschrieben - bleiben außer Betracht.

Besteht der Familienname aus mehreren Wörtern, so ist das erste großgeschriebene Wort maßgebend.

Die Umlaute ä, ö, ü werden wie ae, oe, ue behandelt.

2. Ist ein bestimmter Gegner nicht vorhanden, so ist der Name des Antragstellers maßgebend.
3. Für Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gilt folgende Regelung:
 - a) Führen sie keine besondere Namensbezeichnung, so ist entscheidend der Ort, an dem sich der Sitz befindet, z.B.: Stadtparkasse Oberhausen, Stadt Oberhausen, Evangelische Kirchengemeinde Oberhausen und dergleichen.
 - b) Führen sie jedoch eine besondere Namensbezeichnung, so ist diese Bezeichnung maßgebend, z.B.: Bundesrepublik Deutschland, Katholische Kirchengemeinde St. Marien in Oberhausen, Provinzial Feuerversicherungsanstalt Rheinprovinz usw..
 - c) Eigenschaftsworte wie "deutscher" oder "rheinisch" und ähnliche bleiben unberücksichtigt.



4. Bei Firmen, Handelsgesellschaften, Vereinen und anderen juristischen Personen ist maßgebend:
 - a) ein Personennamenname, der als Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes in dem Namen der Firma vorkommt, z.B.: Mannesmannwerke. Nach Fusionen, insbesondere bei Zusammenschluss von Firmen, entscheidet der erste Firmenname, z.B.: Babcock-Esser;
 - b) evtl. das erste Hauptwort in der Bezeichnung der Firmen usw. (z.B. "Energieversorgung" Oberhausen AG). Ist jedoch in der Firmenbezeichnung außer einem den Geschäftszweig kennzeichnenden Hauptwort ein weiteres, der Unterscheidung dienendes Hauptwort vorhanden, so ist letzteres allein bestimmend, z.B.: Brauerei "Friede", "Nordstern" Versicherungs-Aktiengesellschaften, jedoch bleiben hierbei hinzugefügte Eigenschaftsworte (z.B.: Rheinische, Oberhausener, Deutsche, erste, allgemeine, usw. außer Betracht, auch wenn sie großgeschrieben werden;
 - c) evtl. der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes;
 - d) sind dagegen die Firma eines Einzelkaufmanns und der Inhaber in der Klage usw. genannt, so ist nur der Name des Inhabers maßgebend;
 - e) besteht der Name der Firma, Handelsgesellschaft, des Vereins oder anderer juristischer Personen nur aus einer Abkürzung (z.B. LIT-GmbH, ZAQ e.V.), ist der erste Buchstabe der Abkürzung maßgebend. Evtl. Zusätze bleiben außer Betracht. Eine Auflösung der Abkürzung findet nicht statt;
 - f) in den Fällen b) und c) bleiben weiter folgende Worte außer Betracht:
Aktiengesellschaft, Anstalt, Firma oder in Firma, Gemeinde, Genossenschaft, Gesellschaft, Gewerkschaft, Gesellschaft mbH, Handelsgesellschaft, Offene Handelsgesellschaft, Gesellschaft i.G. oder i. Liquidation, Innung, Kommanditgesellschaft (auf Aktien), Korporation, Stiftung, Verband, Verein, Zeche.
5. Bei aufgegebenen Grundstücken ist der Name des zuletzt eingetragenen Eigentümers maßgebend.
6. Wird eine Sache wieder aufgenommen, die nach Fristablauf unter Erledigung der Zählkarte ausgetragen war, so wird sie nach der Wiederaufnahme der Abteilung zugeordnet, die dann dem Buchstabenbereich nach zuständig ist.
7. Verfahren nach § 732 ZPO sowie Klagen oder Anträge nach den §§ 323, 767 und 768 ZPO, Nichtigkeits- und Restitutionsklagen oder -anträge gehören vor die Abteilung, bei der der Vorprozess anhängig war. War ein Vorprozess bei dem Amtsgericht Oberhausen nicht anhängig oder ist die frühere Abteilung inzwischen aufgelöst, so gilt die allgemeine Regelung.



8. Klagen oder Anträge nach § 579 ZPO sind von dem/der geschäftsplanmäßigen Vertreter/in zu bearbeiten, wenn der/die Abteilungsrichter/in die angefochtene Entscheidung erlassen hat.

9. Übergangsbestimmungen:

Änderungen der Zuständigkeit in einzelnen Buchstabenbereichen gelten nur für Neueingänge, soweit nicht ein anderes bestimmt ist. Die Geschäfte einer aufgelösten Abteilung sind, wenn nichts anderes bestimmt wird, von der Abteilung zu bearbeiten, die nach der geltenden Geschäftsverteilung zuständig ist.

10. Zuständigkeitsstreit:

Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den Abteilungen des Amtsgerichts sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Sie dürfen nicht zu einer Verzögerung in der sachlichen Bearbeitung führen.

Zuständigkeitsstreitigkeiten entscheidet - vorbehaltlich einer Beschlussfassung durch das Präsidium - der Direktor des Amtsgerichts in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Präsidiums. Im Übrigen gilt die Regelung des Abschnittes E. I des Geschäftsverteilungsplans.

Lehnt der Richter der Abteilung, an die eine Sache von der zuerst angegangenen Abteilung durch richterliche Verfügung abgegeben worden ist, die Übernahme ab, so legt er die Akten unverzüglich mit einer Stellungnahme dem Direktor des Amtsgerichts vor. Eine Weiterleitung der Sache an eine andere für zuständig gehaltene Abteilung oder eine Rückabgabe der Sache an die zuerst angegangene (abgebende) Abteilung ist nur im Einvernehmen mit dem betroffenen Abteilungsrichter zulässig.

11. Vertretung:

- a) Die Vertretung eines verhinderten Richters übernimmt der Richter, der geschäftsplanmäßig zur Vertretung bestimmt ist. Steht hiernach kein geschäftsplanmäßig bestimmter Vertreter mehr zur Verfügung, sind unter den jeweils in Zivil-, Familien- und (Jugend-)Strafsachen tätigen Richtern auch die übrigen zur Vertretung berufen. Dies in der Reihenfolge der Ziffer der ihnen zugewiesenen Abteilung, beginnend mit der im Verhältnis zu der zu vertretenden Abteilung nächsthöheren Abteilungsziffer und nach Erreichen der jeweils höchsten Abteilungsziffer mit der jeweils niedrigsten Abteilungsziffer.
- b) Ein Richter ist während einer Dezernatsvertretung zur Vermeidung einer Doppelvertretung an einer weiteren Vertretung gehindert. Die Vertretung übernimmt der nachfolgende Richter. Bei mehreren gleichzeitigen Vertretungsfällen geht die Erst- und Zweitvertretung der Vertretung nach den Abteilungsziffern vor. Mehrfachvertretungen finden ausnahmsweise dann statt, wenn jeder dienstfähige Richter in den unter a) genannten



Vertretungsgruppen während der vertretungsbedürftigen Zeit eine Vertretung wahrnimmt.

- c) Steht nach den vorstehenden Regelungen kein Vertreter zur Verfügung, so werden abteilungsübergreifend alle Richter in der absteigenden Reihenfolge ihres Dienstalalters beginnend mit dem dienstältesten verfügbaren Richter zuständig.
- d) Bei Dienstunfähigkeit ist unverzüglich das Vorzimmer des Direktors (Nebenstelle 235) zu benachrichtigen. In anderen Verhinderungsfällen soll der Richter selbst einen geschäftsplanmäßigen Vertreter um die Aufnahme der Geschäfte ersuchen. Kann die Vertretung auf diese Weise nicht geregelt werden, ist ebenfalls unverzüglich das Vorzimmer zu benachrichtigen.

III. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten

Neueingänge werden je gesondert nach dem Turnussystem verteilt, für das folgende Regelungen gelten:

1. Alle einzutragenden Neueingänge sowie Abgaben, die wie Neueingänge behandelt werden, werden in der Wachtmeisterei erfasst und jeweils vor ihrer Weitergabe an die Eingangsgeschäftsstelle für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten mit einem Tagesdatum sowie einer fortlaufenden Nummerierung in der Reihenfolge ihrer Erfassung versehen. Die laufende Nummerierung beginnt jeweils neu für die ab dem 01.01. eines jeden Jahres eingehenden Neueingänge und Abgaben innerhalb des Gerichts ohne Rücksicht auf den Tag des Eingangs.
2. In der Eingangsgeschäftsstelle werden die in der Wachtmeisterei nummerierten Eingänge nach Sachgebieten (C-Sachen sowie H- und AR-Sachen) gekennzeichnet und in die Register eingetragen. Sodann werden die Eingänge in der Reihenfolge ihrer Nummerierung fortlaufend auf die einzelnen Abteilungen für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten entsprechend der für die jeweiligen Abteilungsrichter/innen festgelegten Turnuszahl verteilt. AR-Sachen sind im richterlichen Turnus nur zu erfassen, wenn eine richterliche Tätigkeit zu erfolgen hat.

Der jeweilige Turnus beginnt mit der Abteilung, welche die niedrigste Abteilungsnummer trägt, und setzt sich in aufsteigender Nummernfolge fort. Nach der Abteilung mit der jeweils höchsten Abteilungsnummer beginnt die Reihenfolge wieder mit der Abteilung mit der jeweils niedrigsten Abteilungsnummer. In jedem neuen Geschäftsjahr wird die Verteilung an der Stelle fortgesetzt, an der sie am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres unterbrochen worden ist.

3. Die Eingangsgeschäftsstelle sowie die Geschäftsstellen der einzelnen Abteilungen dürfen Neueingänge nicht unmittelbar entgegennehmen. Alle Neueingänge, auch



wenn sie bei anderen Stellen eingehen, sind zunächst der Wachtmeisterei zu übergeben.

4. Ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, ein Arrestgesuch oder ein Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung verbunden mit einem Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe zählen nur als ein Eingang und werden im Turnus der Zivilsachen verteilt. Wird während des laufenden Verfahrens ein solcher Antrag gestellt, so ist die für die Klage zuständige Abteilung zuständig; eine Anrechnung auf den Turnus erfolgt nicht.

Wenn in derselben Sache gleichzeitig oder in einem Schriftsatz verbunden eine Klage und ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung oder eines Arrestes eingehen, so ist zuerst die einstweilige Verfügung oder der Arrestantrag einzutragen; beide Verfahren (zwei Sachen) sind sodann einer Abteilung zuzuweisen, wobei eine Anrechnung der zweiten Sache (Hauptsache) auf den Turnus nicht stattfindet.

5. Prozesskostenhilfeanträge, die vor Erhebung einer Klage eingereicht werden, gelten als Neueingänge und nehmen am Turnus teil. Die nach einer Prozesskostenhilfeentscheidung erhobenen Klagen fallen in die Zuständigkeit der richterlichen Abteilung, die über den Prozesskostenhilfeantrag entschieden hat; sie werden nicht auf den Turnus angerechnet, es sei denn, dass die Abteilung, welche die Prozesskostenhilfeentscheidung getroffen hat, zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags nicht mehr besteht. In diesem Fall wird die Klage als Neueingang behandelt und zugeteilt.
6. Für weggelegte (nach Fristablauf unter Erledigung der Zählkarte ausgetragene) und sonstige abgeschlossene Verfahren, Verfahren nach § 732 ZPO sowie Klagen aus §§ 323, 767 und 768 ZPO, Nichtigkeits- und Restitutionsklagen bleibt nach erneuter Aufnahme des Verfahrens und/oder bei notwendigen weiteren Entscheidungen die bisherige Abteilung zuständig, wobei für Nichtigkeitsklagen aus § 579 ZPO die Regelung gemäß Abschnitt II. 8 gilt. Eine Anrechnung auf den Turnus erfolgt nicht. Besteht die danach zuständige Abteilung nicht mehr, wird das Verfahren wie ein neuer Eingang behandelt.
7. Nach Zurückverweisung oder nach Ablehnung einer Verfahrensübernahme durch ein anderes Gericht oder eine andere Abteilung oder nach erneuter Verweisung an das Amtsgericht Oberhausen nimmt ein Verfahren nur dann - erneut - am Turnus teil, wenn die ursprünglich mit der Sache befasste Abteilung aufgelöst ist.
8. Entscheidungen über Vollstreckbarkeitserklärungen von Schiedssprüchen, Anwaltsvergleichen und ausländischen Titeln übernimmt die nach dem Turnus zuständige Abteilung.
9. Verfahren gegen mehrerer Gesamtschuldner, insbesondere auch nach § 696 ZPO abgegebene Mahnverfahren, gelten für den Turnus stets als ein Verfahren. Bei zeitlich gestaffeltem Eingang ist die erstbefasste Abteilung - bei Eingang am



gleichen Tag gilt die von der Wachtmeisterei vergebene niedrigste Nummer - auch für die späteren Verfahren zuständig ohne Rücksicht auf den Stand sämtlicher Verfahren.

10. In allen Fällen der Abtrennung werden die abgetrennten Verfahren in der Ursprungsabteilung weiter bearbeitet, erhalten jedoch ein neues - von der Eingangsgeschäftsstelle zu vergebendes - Aktenzeichen derselben Richterabteilung, wobei eine Anrechnung auf den Turnus nicht erfolgt.

Wird gemäß § 147 ZPO die Verbindung mehrerer, bei verschiedenen Abteilungen anhängiger Prozesse angeordnet, so geht die weitere Bearbeitung der verbundenen Sachen auf die Abteilung über, welche die Verbindung angeordnet hat. Eine Anrechnung auf den Turnus findet nicht statt.

11. Eingänge, die nach Dienstschluss eingehen, werden wie Eingänge des nächsten nicht dienstfreien Werktages behandelt.
12. Eine einmal vorgenommene Zuweisung im Turnus ist zuständigkeitsbegründend; Abgaben finden mit Ausnahme der unter Nummer 9 genannten Fälle nicht statt. Ausnahmsweise ist bei einer Sonderzuständigkeit die Abgabe bis zu einer Anordnung der Verfahren nach den §§ 128, 495a ZPO oder des schriftlichen Vorverfahrens, der Bestimmung eines Termins oder der Entscheidung über ein Prozesskostenhilfegesuch zulässig.

IV. Familiensachen

Neueingänge werden je gesondert nach dem Turnussystem verteilt, für das folgende Regelungen gelten:

1. Alle Neueingänge sowie Abgaben, die wie Neueingänge zu behandeln sind, werden in der Wachtmeisterei erfasst und vor ihrer Weitergabe an die Eingangsgeschäftsstelle des Familiengerichts mit einem Tagesdatum sowie einer fortlaufenden Nummerierung in der Reihenfolge ihrer Erfassung versehen. Die laufende Nummerierung beginnt jeweils neu für die ab dem 01.01. eines jeden Jahres eingehenden Neueingänge und Abgaben innerhalb des Gerichts ohne Rücksicht auf den Tag des Eingangs.
2. In der Eingangsgeschäftsstelle des Familiengerichts werden die in der Wachtmeisterei nummerierten Eingänge nach Sachgebieten (F-Sachen, FH-Sachen sowie AR-Sachen) gekennzeichnet und in die Register eingetragen. Sodann werden die Eingänge in der Reihenfolge ihrer Nummerierung fortlaufend auf die einzelnen Abteilungen für Familiensachen entsprechend der für die jeweiligen Abteilungsrichter/innen festgelegten Turnuszahl verteilt. AR-Sachen sind im richterlichen Turnus nur zu erfassen, wenn eine richterliche Tätigkeit zu



erfolgen hat. Sie zählen bei späterer Erfassung als F-Sache im Turnus als Vorstücke.

Der jeweilige Turnus beginnt mit der Abteilung, welche die niedrigste Abteilungsnummer trägt, und setzt sich in aufsteigender Nummernfolge fort. Nach der Abteilung mit der jeweils höchsten Abteilungsnummer beginnt die Reihenfolge wieder mit der Abteilung mit der jeweils niedrigsten Abteilungsnummer. In jedem neuen Geschäftsjahr wird die Verteilung an der Stelle fortgesetzt, an der sie am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres unterbrochen worden ist.

3. Die Eingangsgeschäftsstelle sowie die Geschäftsstellen der einzelnen Abteilungen dürfen Neueingänge nicht unmittelbar entgegennehmen. Alle Neueingänge, auch wenn sie bei anderen Stellen eingehen, sind zunächst der Wachtmeisterei zu übergeben.
4. Um sicherzustellen, dass Familiensachen, die denselben Personenkreis betreffen, derselben Abteilung zugewiesen werden, ist bei jedem Neueingang in einer Familiensache das Namensverzeichnis dahingehend zu überprüfen, ob der Personenkreis (ein oder mehrere Beteiligte) eines früheren Verfahrens betroffen ist. Derselbe Personenkreis liegt in der Regel vor, wenn die neue Sache die an einem früheren Verfahren beteiligten Ehegatten, Eltern, Kinder, sonstige zum Umgang berechnigte Personen oder Lebenspartner betrifft.

Im Falle der Feststellung von Personenkreisidentität wird der Neueingang unter Anrechnung auf den Turnus der Abteilung zugeteilt, die bereits eine den einschlägigen Personenkreis betreffende Familiensache bearbeitet oder bearbeitet hat. Die Regelung des § 23b Abs. 2 Satz 2-4 GVG bleibt unberührt.

Weist das Namensverzeichnis mehrere frühere Verfahren aus, die von verschiedenen Abteilungen betrieben worden sind oder existiert eine ermittelte Abteilung nicht mehr, erfolgt die Zuweisung des Neueingangs an diejenige Abteilung, die die meisten Verfahren bearbeitet hat, bei gleicher Anzahl an diejenige, die das jüngste Verfahren bearbeitet hat.

Existiert eine der ermittelten Abteilungen nicht mehr, wird der Neueingang der noch existierenden Abteilung zugewiesen. Existieren beide Abteilungen nicht mehr, wird der Neueingang dem aktuellen Turnus zugewiesen.

5. Als Eilsachen erkennbare Neueingänge, insbesondere Anträge auf Erlass einstweiliger Anordnungen, Arrestgesuche oder Anträge auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung, sind ohne Rücksicht auf die in der Wachtmeisterei erfolgte Nummerierung unmittelbar unter Beachtung von Nummer 4. zuzuteilen.

Wird während des laufenden (Haupt)verfahrens ein solcher Antrag gestellt oder geht er gleichzeitig mit der Hauptsache ein, unterbleibt eine Anrechnung auf den



Turnus. Gehen sie vor der Hauptsache ein, nehmen sie am Turnus teil mit der Folge, dass eine Anrechnung der Hauptsache nicht stattfindet.

6. Abschnitt III Ziff. 5 bis 11 gelten entsprechend.
7. Die vorgenommene Zuweisung im Turnus ist zuständigkeitsbegründend. Eine Abgabe ist ausnahmsweise nur dann zulässig, wenn
 - a) die Zuteilung nach Nummer 4 fehlerhaft erfolgt ist (Zuteilung in der unzutreffenden Annahme von Personenkreisidentität, Zuteilung an eine Abteilung, die zwar ein früheres, nicht aber das jüngste Verfahren bearbeitet oder bearbeitet hat, Zuteilung trotz Fristablaufs) und
 - b) in dem fehlerhaft zugeteilten Verfahren weder mündlich verhandelt noch vorab ein Beweisbeschluss erlassen worden ist.

V. Betreuungs-, Unterbringungs-, sonstige Freiheitsentziehungssachen

1. Die Zuständigkeit nach Postleitzahlengebieten richtet sich grundsätzlich nach dem gewöhnlichen Aufenthalt des Betroffenen.
2. Soweit es keinen gewöhnlichen Aufenthalt in Oberhausen gibt, richtet sich die Zuständigkeit nach dem Ort, an dem das Bedürfnis für die Maßnahme besteht.
3. Nach Begründung der Zuständigkeit findet eine interne Abgabe bei einem Wohnortwechsel innerhalb von Oberhausen nicht statt.

VI. Strafsachen und Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz

1. Maßgebend ist der Familienname des in der Anklageschrift (Anzeige, Antragsschrift, Bußgeldbescheid) genannten Angeklagten, Beschuldigten bzw. Betroffenen.

Sind mehrere Angeklagte (Beschuldigte) vorhanden oder legen mehrere Betroffene Einspruch ein, so ist der Familienname des Ältesten - in Jugendsachen des ältesten Jugendlichen oder Heranwachsenden - entscheidend.
2. Im Verfahren gegen "Unbekannt" richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Verletzten oder Geschädigten. Fehlt auch ein solcher, gilt der Buchstabe "U".
3. Die Abgabe eines Verfahrens ist bis zum Erlass des Strafbefehls oder der Eröffnung des Hauptverfahrens - in OWi-Sachen bis zur Bestimmung des Termins - zulässig.



4. Zuständig für die Weiterbearbeitung der an eine andere Abteilung des Amtsgerichts vom Rechtsmittelgericht zurückverwiesenen Sache ist der Vertreter, es sei denn, die ursprüngliche Abteilung ist aufgelöst. Dann gilt die allgemeine Regelung.
5. Die Verfahren der Erwachsenenschöffengerichte werden im Turnusverfahren verteilt. Hierfür gelten folgende Bestimmungen:
 - a) Für die zeitliche Reihenfolge ist der Eingang der Angelegenheit in der Wachtmeisterei maßgeblich; bei gleichzeitigem Eingang die Reihenfolge der Bearbeitung durch die Wachtmeisterei. Alle Eingänge eines Tages gelten als gleichzeitig eingegangen.

In der Wachtmeisterei werden alle neu eingehenden Erwachsenenschöffensachen erfasst und vor Weitergabe an die Eingangsgeschäftsstelle des Erwachsenenschöffengerichts mit einem Tagesdatum sowie einer fortlaufenden Nummerierung versehen. Die laufende Nummerierung beginnt für die ab dem 1. Januar eines jeden Jahres eingehenden Sachen neu.
 - b) Die Eingangsgeschäftsstelle für Erwachsenenschöffensachen teilt den jeweiligen Abteilungen jeweils eine Sache in der Reihenfolge der vergebenen Kennzahlen zu. Im neuen Geschäftsjahr wird die Verteilung an der Stelle fortgesetzt, an der sie am Ende des vergangenen Geschäftsjahres unterbrochen worden ist. Der Turnus beginnt am 01.01.2019 mit der Abteilung 20.
 - c) Soweit ein Verfahren nach den Bestimmungen der StPO durch Verfahrensverbindung übernommen wird erfolgt eine Anrechnung der Sache auf den Turnus der übernehmenden Abteilung nicht.
 - d) Bei Abtrennung des gegen mehrere erwachsene Beschuldigte gerichteten Verfahrens hinsichtlich eines oder mehrerer Beschuldigter oder bei Abtrennung einzelner Verfahrensteile hinsichtlich eines Beschuldigten verbleibt es bei der ursprünglichen Zuständigkeit. Eine Anrechnung auf den Turnus findet nicht statt.

VII. Zuständigkeit nach einzelnen Werktagen

Bestimmt sich die Zuständigkeit nach einzelnen Werktagen, so gelten die an Samstagen und Sonntagen eingegangenen Sachen als am darauf folgenden Montag sowie die an Feiertagen und dienstfreien Werktagen eingegangenen Sachen als am darauf folgenden Werktag eingegangen, wenn und soweit sie wegen Unaufschiebbarkeit nicht schon durch den jeweiligen Bereitschaftsdienststrichter erledigt worden sind.



VIII. Güterichter

Den Güterichtern wird die Durchführung der nach § 278 Abs. 5 ZPO bzw. § 36 Abs. 5 FamFG zugewiesenen Güteverhandlung oder weiterer Güteversuche übertragen. Ein Güterichterverfahren kann durch einen Güterichter an einen anderen abgegeben werden. Eine Abgabe hat zu erfolgen, wenn der Güterichter nach dem Geschäftsverteilungsplan als Richter mit dem Streitfall befasst ist oder den mit diesem Streitfall befassten Richter in dieser Sache vertritt. Abgaben werden im nächsten Turnus berücksichtigt.

Gemäß § 278 Abs. 5 ZPO verwiesene Verfahren werden mit dem Zeitpunkt der Terminierung einer – ersten – Güteverhandlung mit der Turnuszahl 1 auf den nächsten Turnusdurchgang im Bereich C angerechnet, an dem der Güterichter teilnimmt. Gemäß § 36 Abs. 5 FamFG verwiesene Verfahren werden zu diesem Zeitpunkt mit der Turnuszahl 2 auf den nächsten Turnusdurchgang im Bereich F angerechnet, an dem die Güterichterin teilnimmt.

IX. Entscheidungen über Ablehnungsgesuche

Es entscheiden:

1. über Ablehnungsgesuche gemäß § 45 Abs. 2 ZPO, auch in Verbindung mit § 6 FamFG

Richter am Amtsgericht Hubert

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Leis
2. Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio

2. über Ablehnungsgesuche gemäß § 27 Abs. 3 StPO

Richter am Amtsgericht Voosen

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Rütter
2. Richter am Amtsgericht Conrad

Für den mit Erfolg abgelehnten Richter gilt die allgemeine Vertretungsregelung. Der über das Ablehnungsgesuch entscheidende Richter ist jedoch von der Vertretung des abgelehnten Richters ausgeschlossen mit der Folge, dass der Zweitvertreter zuständig ist.



C. Richterlicher Bereitschaftsdienst

Um die Erreichbarkeit eines jeweils zuständigen Richters zur Tageszeit zwecks Erledigung unaufschiebbarer Amtshandlungen (z. B. Haftsachen, Maßnahmen nach § 87 StPO, Unterbringungs- und Freiheitsentziehungssachen) zu gewährleisten, sind an allen Tagen unter Beachtung des nach den örtlichen Gegebenheiten bestehenden Bedürfnisses folgende Bereitschaftsdienste eingerichtet:

I. Werktäglicher Bereitschaftsdienst in Familien-, Straf- und Betreuungssachen (montags bis freitags jeweils von 13:00 Uhr bis 15:30 Uhr)

1. Der Bereitschaftsdienst wird wie folgt wahrgenommen:

a) Familiensachen:

Wochentag	Dezernent	Vertreter
Montag	Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz	1. Richterin am Amtsgericht Virreira Winter 2. Richter am Amtsgericht Engel
Dienstag	Richterin am Amtsgericht Virreira Winter	1. Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz 2. Richterin am Amtsgericht Bertante
Mittwoch	Richterin am Amtsgericht Bertante	1. Richterin am Amtsgericht Virreira Winter 2. Richterin am Amtsgericht Leis
Donnerstag	Richterin am Amtsgericht Leis	1. Richter am Amtsgericht Engel 2. Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz
Freitag	Richter am Amtsgericht Engel	1. Richterin am Amtsgericht Leis 2. Richterin am Amtsgericht Virreira Winter



b) Strafsachen:

Wochentag	Dezernent	Vertreter
Montag	Richterin Landgraf	1. Richter am Amtsgericht Conrad 2. Richterin am Amtsgericht Rütter 3. Richter am Amtsgericht Voosen
Dienstag	Richter am Amtsgericht Conrad	1. Richterin Landgraf 2. Richterin am Landgericht Engels 3. Richter am Amtsgericht Voosen
Mittwoch	Richter am Amtsgericht Voosen	1. Richterin am Landgericht Engels 2. Richter am Amtsgericht Conrad 3. Richterin am Amtsgericht Rütter
Donnerstag	Richterin am Amtsgericht Rütter	1. Richter am Amtsgericht Voosen 2. Richterin Landgraf 3. Richterin am Landgericht Engels
Freitag	Richter am Amtsgericht Voosen (gerade KW) Richterin am Landgericht Engels (ungerade KW)	1. Richterin am Amtsgericht Rütter 2. Richterin Landgraf 3. Richter am Amtsgericht Conrad

c) Betreuungssachen:

Montag	Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio
Dienstag	Richterin am Amtsgericht Hoepken
Mittwoch	Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio
Donnerstag	Richterin am Amtsgericht Teschner
Freitag	Richterin am Amtsgericht Hoepken

Im Falle der Verhinderung der Bereitschaftsdienstrichter gilt in Betreuungssachen die Vertretung wie im ordentlichen Dezernat.

- Der Bereitschaftsdienst umfasst nicht nur unaufschiebbare Amtshandlungen, sondern auch sonstige eilbedürftige Dienstgeschäfte.



Alle vor 13:00 Uhr angekündigten Dienstgeschäfte sind noch von den jeweils zuständigen ordentlichen Dezernenten zu erledigen.

II. Konzentrierter Bereitschaftsdienst

Der richterliche Bereitschaftsdienst der Amtsgerichte Oberhausen, Dinslaken und Wesel ist seit dem 01.10.2021 aufgrund der aktuellen Verordnung über die Zusammenfassung von Geschäften des Bereitschaftsdienstes bei den Amtsgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen (Bereitschaftsdienst-VO - § 22 c GVG) bei dem Amtsgericht Oberhausen konzentriert.

Über die Verteilung der Geschäfte des Bereitschaftsdienstes entscheidet das Präsidium des Landgerichts Duisburg im Einvernehmen mit den Präsidien der Amtsgerichte. Der aktuelle Beschluss ist als Anlage beigefügt.

Dieser konzentrierte Bereitschaftsdienst versieht den zusätzlichen werktäglichen Bereitschaftsdienst montags bis freitags von 6:00 Uhr bis 8:00 Uhr und von 15:30 Uhr bis 21:00 Uhr sowie an Samstagen, dienstfreien Werktagen, Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 06:00 bis 21:00 Uhr.



D. Zivilsachen

I. Allgemeine bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (§ 23 GVG)

1. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten - mit Ausnahme der Wohnungseigentumssachen nach Abschnitt II - ,
2. die aus Nummer 1 herrührenden Rechtshilfesachen - einschließlich Vernehmungersuchen des Versorgungsamts gemäß § 22 SGB X - sowie die selbständigen Beweisverfahren

Richter am Amtsgericht Dr. van Endern

Abteilung 30: Turnuszahl: 0

Vertreter:

1. Richter Lohr
2. Direktor des Amtsgerichts Happe

Richter Lohr

Abteilung 31: Turnuszahl: 0

Abteilung 331: Turnuszahl: 0 bis zum 31.03.2022

ab dem 01.04.2022 Turnuszahl 6

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Dr. van Endern
2. Richter am Amtsgericht Hubert

Richter Baiz

Abteilung 32: Turnuszahl: 0

Abteilung 332: Turnuszahl: 12

Vertreter:



1. Richterin am Amtsgericht Schleif
2. Richter am Amtsgericht Bruckmann

Richterin am Amtsgericht Dr. von Ditfurth

Abteilung 33: Turnuszahl: 0

Abteilung 333: Turnuszahl: 6

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Bruckmann
2. Richter Lohr

Richter am Amtsgericht Dr. van Endern

Abteilung 35: Turnuszahl: 0

Abteilung 335: Turnuszahl: 12

Vertreter:

1. Richter Lohr
2. Direktor des Amtsgerichts Happe

Direktor des Amtsgerichts Happe

Abteilung 36: Turnuszahl: 0

Abteilung 336: Turnuszahl: 4

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Hubert
2. Richterin am Amtsgericht Dr. von Ditfurth



Richterin am Amtsgericht Schleif

Abteilung 37: Turnuszahl: 0

Abteilung 337: Turnuszahl: 9

Vertreter:

1. Richter Baiz
2. Richter am Amtsgericht Dr. van Endern

Richter am Amtsgericht Bruckmann

Abteilung 39: Turnuszahl: 0

Abteilung 339: Turnuszahl: 7

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Dr. von Ditfurth
2. Richterin am Amtsgericht Schleif

II. Wohnungseigentumssachen

Streitigkeiten nach § 43 Abs. 2 des Wohnungseigentumsgesetzes

Abteilung 34 und 334: **Richterin am Amtsgericht Schleif**

Vertreter:

1. Richter Baiz
2. Richter am Amtsgericht Dr. van Endern



III. Zwangsvollstreckungssachen

1. Allgemeine Vollstreckungssachen, soweit nicht anderweitig verteilt

Abteilung 14 und 114: Richter am Amtsgericht Bruckmann

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Dr. von Ditfurth
2. Richterin am Amtsgericht Schleif

2. Erinnerungen gegen die Art und Weise der Zwangsvollstreckung

Abteilung 14 und 114: Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Dr. van Endern
2. Richterin am Amtsgericht Schleif

3. Richterliche Geschäfte im Verfahren der Vermögensauskünfte

Abteilung 15 und 115: Richterin am Amtsgericht Hoepken

im Buchstabenbereich A - J

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio
2. Richterin am Amtsgericht Teschner

Abteilung 15 und 115: Richter am Amtsgericht Bruckmann

im Buchstabenbereich K - Z

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Dr. von Ditfurth
2. Richterin am Amtsgericht Schleif



4. Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Verteilungssachen

Abteilung 17: Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio

Vertreter:

1. Richter Lohr
2. Richter am Amtsgericht Dr. van Endern



E. Familiensachen (§§ 23a Abs. 1 Nr. 1, 23b Abs. 2 GVG)

I. Allgemeine Familiensachen

- Familiensachen gemäß §§ 111 ff. FamFG
- sonstige Sachen, soweit sie durch Bundesgesetz dem Familiengericht zugewiesen sind,
- Rechtshilfesachen aus den vorstehenden Bereichen

Abteilung 40: Richterin am Amtsgericht Leis

Turnuszahl: 12

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Engel
2. Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz

Abteilung 43: Richterin am Amtsgericht Bertante

Turnuszahl: 7

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Virreira Winter
2. Richterin am Amtsgericht Leis

Abteilung 44: Richter am Amtsgericht Engel

Turnuszahl: 0

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Leis
2. Richterin am Amtsgericht Virreira Winter

Abteilung 45: Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz

Turnuszahl: 12

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Bertante



2. Richter am Amtsgericht Engel

Abteilung 53: Richter am Amtsgericht Engel

Turnuszahl: 7

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Leis
2. Richterin am Amtsgericht Virreira Winter

Abteilung 55: Richterin am Amtsgericht Virreira Winter

Turnuszahl: 12

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz
2. Richterin am Amtsgericht Bertante

II. Folgeentscheidungen in unverteiltern Abteilungen

Folgeentscheidungen, welche kein neues Verfahren einleiten, die in nicht mehr verteilten oder nicht mehr existierenden Familienabteilungen anfallen, werden in Abweichung vom Turnus nach den jeweiligen Endziffern der Aktenzeichen wie folgt verteilt:

Endziffern	Dezernent
0-1	Richterin am Amtsgericht Leis
2-3	Richterin am Amtsgericht Bertante
4-5	Richter am Amtsgericht Engel
6-7	Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz
8-9	Richterin am Amtsgericht Virreira Winter

Die Vertretung richtet sich insoweit nach der vorstehenden allgemeinen Regeln unter I.



F. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarekeit (§ 23a Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 GVG)

I. Betreuungs- und Unterbringungssachen

- Betreuungssachen gemäß § 271 FamFG,
- Unterbringungssachen gemäß § 312 FamFG, soweit nicht anderweitig verteilt,
- Betreuungsrechtliche Zuweisungssachen gemäß § 340 FamFG,
- sonstige Sachen, soweit sie durch Bundesgesetz dem Betreuungsgericht zugewiesen sind,
- die aus den vorstehenden Regelungen herrührenden Rechtshilfesachen

Abteilungen 10, 11 und 12: RichterIn am Amtsgericht Teschner

für die Postleitzahlbereiche 46045, 46047 und 46049 mit den Endziffern 4-9

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio
2. RichterIn am Amtsgericht Hoepken

Abteilungen 10, 11 und 12: Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio

für die Postleitzahlbereiche: 46117, 46119, 46147, 46149

Vertreter:

1. RichterIn am Amtsgericht Hoepken
2. RichterIn am Amtsgericht Teschner

Die Übernahme der Verfahren mit der Postleitzahl 46117 erfolgt inklusive Bestand.

Abteilungen 10, 11 und 12: RichterIn am Amtsgericht Hoepken

für die Postleitzahlbereiche: 46049 mit den Endziffern 0-3, 46145

Verfahren aus den Postleitzahlbereichen 46045, 46047 und 46049 für die bis zum 31.12.2020 eine Zuständigkeit von RichterIn am Amtsgericht Hoepken begründet worden ist verbleiben in dieser Zuständigkeit.

Vertreter:

1. RichterIn am Amtsgericht Teschner



2. Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio

II. Unterbringungssachen nach dem PsychKG NRW und Freiheitsentziehungssachen nach dem Infektionsschutzgesetz

Einschließlich Entscheidung über Anträge auf Genehmigung besonderer Sicherungsmaßnahmen im Rahmen von Unterbringungen gemäß § 126 a StPO

Abteilung 11: bezüglich der an dem jeweiligen Tag der Woche - soweit Werktag - zu erledigenden Sachen.

Wochentag	Dezernent	Vertreter
Montag	Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio	1. Richterin am Amtsgericht Teschner 2. Richterin am Amtsgericht Hoepken
Dienstag	Richterin am Amtsgericht Hoepken	1. Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio 2. Richterin am Amtsgericht Teschner
Mittwoch	Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio	1. Richterin am Amtsgericht Teschner 2. Richterin am Amtsgericht Hoepken
Donnerstag	Richterin am Amtsgericht Teschner	1. Richterin am Amtsgericht Hoepken 2. Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio
Freitag	Richterin am Amtsgericht Hoepken	1. Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio 2. Richterin am Amtsgericht Teschner



III. Nachlass- und Teilungssachen

Abteilung 6: Richterin am Amtsgericht Teschner

im Buchstabenbereich A - J

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio
2. Richterin am Amtsgericht Hoepken

Abteilung 6: Richter am Amtsgericht Dr. Bonifacio

im Buchstabenbereich K - Z

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Teschner
2. Richterin am Amtsgericht Hoepken

IV. Grundbuchsachen

Abteilung 2: Direktor des Amtsgerichts Happe

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Teschner
2. Richter am Amtsgericht Hubert

V. Beratungshilfesachen

Erinnerungen gegen Entscheidungen des Rechtspflegers in vorgenannten Sachen und in den korrespondierenden Vergütungsfestsetzungssachen:

Abteilung 9: Richter am Amtsgericht Dr. van Endern

Vertreter:

1. Direktor des Amtsgerichts Happe
2. Richterin am Amtsgericht Teschner



G. Strafsachen

I. Schöffengerichtssachen (Erwachsene)

- Alle zur Zuständigkeit des Amtsgerichts gehörende Strafsachen, soweit nicht nach § 25 GVG der Richter beim Amtsgericht als Strafrichter entscheidet,
- die Strafsachen, in denen gemäß § 29 Abs. 2 GVG die Staatsanwaltschaft die Zuziehung eines zweiten Richters beim Amtsgericht beantragt oder ein Gericht höherer Ordnung das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht eröffnet,
- die in Schöffensachen anfallenden Gs-Sachen nach §§ 81 und 153 ff. StPO,

Abteilung 20: Richter am Amtsgericht Conrad

Turnus: 1

Vertreter:

1. Richterin am Landgericht Engels
2. Richter am Amtsgericht Voosen
3. Richter am Amtsgericht Hubert

Zweiter Richter gem. § 29 Abs. 2 GVG:

Richter Lohr

Vertreter:

Richterin Landgraf

Abteilung 28: Richterin am Landgericht Engels

Turnus: 1

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Conrad
2. Richter am Amtsgericht Hubert
3. Richter am Amtsgericht Voosen

Zweiter Richter gem. § 29 Abs. 2 GVG:

Richterin Landgraf

Vertreter:

Richterin am Amtsgericht Jostarndt



II. Strafrichter- und Bußgeldsachen

1. Allgemeine Straf- und Bußgeldsachen

- Straf- und Bußgeldsachen (Cs, Ds, OWi),
- Privatklagesachen (Bs),
- Entscheidungen im Verfahren nach §§ 81 und 153 ff. StPO (Gs),
- die gemäß § 462a Abs. 2 Satz 2 StPO an das Amtsgericht Oberhausen abgegebenen Sachen,
- Rechtshilfesachen in Strafsachen, insbesondere Entscheidungen in Vollstreckungshilfverfahren wegen einer im Ausland rechtskräftig verhängten Geldsanktion (§§ 87g ff. IRG)

Richter Lohr

Abteilung 21:

Abteilung 221 (e-Akte OWi):

im Buchstabenbereich E, H, M, Q, U/Ü, X und Z

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Dr. van Endern
2. Richter am Amtsgericht Conrad
3. Richterin am Amtsgericht Rütter

Richterin am Amtsgericht Rütter

Abteilung 23:

Abteilung 223 (e-Akte OWi):

im Buchstabenbereich K, N, P, T, V und Y

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Voosen
2. Richterin Landgraf
3. Richterin am Landgericht Engels



Richterin am Landgericht Engels

Abteilung 24:

Abteilung 224 (e-Akte OWi):

im Buchstabenbereich A/Ä, L und S

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Conrad
2. Richterin am Amtsgericht Jostarndt
3. Richterin Landgraf

Richterin am Amtsgericht Jostarndt

Abteilung 26:

Abteilung 226 (e-Akte OWi):

im Buchstabenbereich I, O/Ö, R und W

Vertreter:

1. Richterin Landgraf
2. Richterin am Amtsgericht Rütter
3. Richter Lohr

Richterin Landgraf

Abteilung 29:

Abteilung 229 (e-Akte OWi):

im Buchstabenbereich B, C, D, F, G und J

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Jostarndt
2. Richterin am Landgericht Engels
3. Richter am Amtsgericht Conrad



2. Besonders beschleunigte Verfahren

Verfahren, in denen die Staatsanwaltschaft gem. §§ 417 ff. StPO Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren mit der Maßgabe der sofortigen Durchführung der Hauptverhandlung stellt:

Abteilung 25

Die Zuständigkeit richtet sich nach dem Wochentag , an dem der Antrag der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Oberhausen eingeht, wie folgt:

Wochentag	Dezernent	Vertreter
Montag	Richter am Amtsgericht Hubert	1. Richterin am Amtsgericht Jostarndt 2. Richterin am Amtsgericht Rütter
Dienstag	Richter Lohr	1. Richter am Amtsgericht Conrad 2. Richter am Amtsgericht Voosen
Mittwoch	Richterin Landgraf	1. Richter am Amtsgericht Voosen 2. Richter am Amtsgericht Conrad
Donnerstag	Richterin am Landgericht Engels	1. Richterin am Amtsgericht Rütter 2. Richter Lohr
Freitag	Richter am Amtsgericht Conrad	1. Richterin Landgraf 2. Richterin am Amtsgericht Jostarndt

Bei Eingang an sonstigen Tagen gilt die Regelung des Abschnitts B. VII.

Zuständigkeit bei Ablehnung des beschleunigten Verfahrens:

Soweit die für die Durchführung der Hauptverhandlung zuständigen Richter die Entscheidung im beschleunigten Verfahren vor oder in der Hauptverhandlung ablehnen (§ 419 Abs. 2 StPO) und die Staatsanwaltschaft den Erlass eines Haftbefehls beantragt, obliegt die Entscheidung darüber dem für die Hauptverhandlung an diesem Wochentag im beschleunigten Verfahren zuständigen Richter.



III. Ermittlungs- und Haftsachen

- Ermittlungs- und Haftsachen, Rechtshilfesachen, auch gegen Jugendliche/Heranwachsende,
- Freiheitsentziehungssachen nach dem Aufenthaltsgesetz (Abschiebungshaftsachen) und dem PolG NW,
- alle sonstigen richterlichen Geschäfte nach dem PolG NW und dem OBG NW,
- Verkündung von Haftbefehlen
- Selbständige Anträge auf Vermögensabschöpfung nach § 76a StGB

Abteilungen 22, 27 und 46

Zuständigkeiten bezüglich der an den jeweiligen Wochentagen eingehenden Sachen – soweit Werktag:

Wochentag	Dezernent	Vertreter
Montag	Richterin Landgraf	1. Richter am Amtsgericht Conrad 2. Richterin am Amtsgericht Rütter 3. Richter am Amtsgericht Voosen
Dienstag	Richter am Amtsgericht Conrad	1. Richterin Landgraf 2. Richterin am Landgericht Engels 3. Richter am Amtsgericht Voosen
Mittwoch	Richter am Amtsgericht Voosen	1. Richterin am Landgericht Engels 2. Richter am Amtsgericht Conrad 3. Richterin am Amtsgericht Rütter
Donnerstag	Richterin am Amtsgericht Rütter	1. Richter am Amtsgericht Voosen 2. Richterin Landgraf 3. Richterin am Landgericht Engels
Freitag	Richter am Amtsgericht Voosen (gerade KW) Richterin am Landgericht Engels (ungerade KW)	1. Richterin am Amtsgericht Rütter 2. Richterin Landgraf 3. Richter am Amtsgericht Conrad



Ein hiernach zuständig gewordener und mit der Sache tatsächlich befasster Richter bleibt auch für weitere, bis zur Erhebung der öffentlichen Klage anfallenden Geschäfte, insbesondere betreffend Anträge auf Vornahme richterlicher Untersuchungshandlungen, auf Erlass oder Aufhebung von Haftbefehlen sowie auf Haftprüfung, zuständig.

Die vorangehende Regelung gilt auch, soweit ein Richter, der zugleich ordentlicher Dezernent für Ermittlungs- und Haftsachen des Amtsgerichts Oberhausen ist, im Rahmen des richterlichen Bereitschaftsdienstes erstmals mit einer Sache befasst worden ist. Andernfalls gilt eine erstmals im Bereitschaftsdienst eingegangene Sache für alle weiteren, in diesen Sachen vom Ermittlungsrichter vorzunehmenden Geschäfte als am auf den Bereitschaftsdienst folgenden Werktag eingegangen und ist durch den für diesen Werktag zuständigen ordentlichen Dezernenten für Ermittlungs- und Haftsachen weiterzubearbeiten.

IV. Jugendschöffengerichtssachen

Geschäfte des Vorsitzenden des Jugendschöffengerichts

Abteilung 47: Richter am Amtsgericht Hubert

im Buchstabenbereich N, O, Q-Z

Vertreter:

1. Direktor des Amtsgerichts Happe
2. Richter am Amtsgericht Voosen
3. Richterin am Landgericht Engels

Abteilung 49: Richter am Amtsgericht Voosen

im Buchstabenbereich A-M, P

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Rütter
2. Richter am Amtsgericht Hubert
3. Richter am Amtsgericht Conrad



V. Jugendrichtersachen

- Geschäfte des Jugendrichters in Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende,
- Jugendschutzsachen,
- Bußgeldsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende,
- Entscheidungen in Verfahren nach §§ 81 und 153 ff. StPO (Gs),
- Entscheidungen in Vollstreckungshilfverfahren wegen einer im Ausland rechtskräftig verhängten Geldsanktion (§§ 87g ff. IRG), soweit Jugendliche und Heranwachsende betroffen sind

Abteilung 59: Richter am Amtsgericht Conrad

im Buchstabenbereich A – N

Vertreter:

1. Richterin am Landgericht Engels
2. Richter am Amtsgericht Voosen
3. Richterin am Amtsgericht Rütter

Abteilung 60: Richter am Amtsgericht Hubert

im Buchstabenbereich O/Ö - Z

Vertreter:

1. Direktor des Amtsgerichts Happe
2. Richter am Amtsgericht Conrad
3. Richter am Amtsgericht Voosen



H. Sonstiges

I. Zuständigkeitsfragen

Kompetenzentscheidungen bei Streit oder Ungewissheit darüber, ob ein Geschäft von einem Richter oder Rechtspfleger zu bearbeiten ist (§§ 7, 28 RPflG):

Direktor des Amtsgerichts Happe

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Hubert
2. Richterin am Amtsgericht Teschner

II. Nicht besonders verteilte richterliche Geschäfte

Direktor des Amtsgerichts Happe

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Hubert
2. Richterin am Amtsgericht Teschner

III. Vorsitz im Schöffenwahlausschuss

1. Erwachsenenstrafsachen

Richter am Amtsgericht Voosen

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Hubert
2. Richter am Amtsgericht Conrad

2. Jugendstrafsachen

Richter am Amtsgericht Hubert

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Voosen
2. Richter am Amtsgericht Conrad



IV. Entscheidungen nach § 39 Abs. 6 und 7 des Schiedsamtgesetzes NRW

Abteilung 1: Direktor des Amtsgerichts Happe

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Hubert
2. Richterin am Amtsgericht Teschner

V. Herausgabeverlangen bezüglich Akten, Bücher und Urkunden gemäß § 51 Abs. 1 Satz 1 BNotO

Gerichtet an Notare, deren Amt erloschen ist oder die ihren Amtssitz in einen anderen Amtsgerichtsbezirk verlegt haben

Abteilung 1: Direktor des Amtsgerichts Happe

Vertreter:

1. Richter am Amtsgericht Hubert
2. Richterin am Amtsgericht Teschner

VI. Aufgaben des Güterichters

Abteilung 4:

Aufgaben gemäß § 278 Abs. 5 ZPO: Richterin am Landgericht Engels

Vertreter:

1. Direktor des Amtsgerichts Happe
2. Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz

Aufgaben gemäß § 36 Abs. 5 FamFG:

Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz und Richter am Amtsgericht Engel

jeweils mit Turnus 1

beginnend am 01.01.2022 mit Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz

Vertreter:

1. Richterin am Amtsgericht Dr. Lentz bzw. Richter am Amtsgericht Engel
2. Richterin am Landgericht Engels



Anlage: Geschäftsverteilung im konzentrierten Bereitschaftsdienst

Oberhausen, 15.12.2021

DAS PRÄSIDIUM DES AMTSGERICHTS

Happe
Direktor des Amtsgerichts

Dr. Bonifacio
Richter am Amtsgericht

Teschner
Richterin am Amtsgericht

Bertante
Richterin am Amtsgericht

Bruckmann
Richter am Amtsgericht

Rütter
Richterin am Amtsgericht

Voosen
Richter am Amtsgericht